

Taleban – regierungsunfähige Sieger

Unter den Taleban und durch kontraproduktive De-facto-Sanktionen des Westens bricht Afghanistans Wirtschaft ein. Es droht fast totale Armut. Von Thomas Ruttig

Drei Monate nach der Machtübernahme der Taleban in Afghanistan erweist sich ihre Herrschaft als gefestigt und teilweise janusköpfig. „Die Sicherheit ist jetzt besser, denn der Krieg ist vorbei“, sagte der Vorstand einer Tadschiken-Gemeinde aus der Provinz Logar südlich von Kabul. Die Taleban hätten auch die verminten Straßen freigeräumt. „Aber es gibt viele neue Probleme. Die Märkte sind zwar offen, trotzdem gibt es keine Arbeit. Vorher gab es Hilfe von NGOs. Außerdem herrscht Dürre, und wir hatten keine Ernte. Die Menschen kämpfen mit der Armut.“

Tatsächlich kontrollieren die Taleban inzwischen das gesamte Land. Bewaffneter Widerstand im Pandschirtal blieb isoliert und brach schnell zusammen, auch wenn Protagonisten online das Gegenteil behaupten. Es gibt derzeit keine politische Alternative mehr zu ihnen. Zivilgesellschaftliche Organisationsstrukturen und gewählte Vertretungskörperschaften wie das Parlament lösten sich auf. Die Anti-Taleban-Warlords entpuppten sich als Kolosse auf tönernen Füßen. Ihre mit CIA-Geldern aufgebauten Milizen liefen wie die Regierungstruppen ohne signifikante Gegenwehr vor

dem Taleban-Ansturm davon, und sie selbst flohen ins Ausland. Eine geplante Exilregierung soll nach Mitteilung der dissidenten afghanischen Botschaft in der Schweiz schon existieren. Aber ob und wie der Pandschir-Widerstand und die Warlords kooperieren, ist unklar. Einige Warlords haben im Ausland separat

einen *Hohen Widerstandsrat* der Islamischen Republik Afghanistan gegründet. Die Pandschir-Bewegung erhielt von den US-Behörden mittlerweile die Erlaubnis, eine Auslandsvertretung in Washington zu eröffnen; auch in Tadschikistans Hauptstadt Duschanbe soll sich ein Büro befinden, auch wenn die dortige

*Viele Soldaten und
Polizisten fanden die
Regierung einfach nicht
mehr verteidigungswert*

Regierung erklärte, sie wisse davon nichts. Dahinter stehen jeweils Fraktionen einer Elite, deren systemische Korruption und politischer Exklusivitätsanspruch maßgeblich zum Scheitern des westlichen Afghanistan-Einsatzes beitrugen und sich jetzt an ihren Machtanspruch klammern, jedoch in den Augen weiter Teile der Bevölkerung ihre politische Legitimation verloren haben.

Warum Afghanistan so schnell an die Taleban fiel

Korruption, gefälschte Wahlen und fehlende Rechtsstaatlichkeit führten zur Selbstdelegitimierung der ehemaligen „Islamischen Republik Afghanistan“. Genau das waren auch Ursachen dafür, dass die Sicherheitskräfte und schließlich die Regierung so schnell unter dem Ansturm der Taleban kollabierten. Viele Soldaten und Polizisten fanden die Regierung einfach nicht mehr verteidigungswert. Zudem entzog das US-Taleban-Separatabkommen – also unter Umgehung der damaligen afghanischen Regierung – über den US-Truppenabzug vom Februar 2020 den Truppen wichtige Komponenten der Unterstützung wie direkte Beratung und moderne Gegneraufklärung. Soldaten und Polizisten fühlten sich von den bisherigen ausländischen Partnern allein gelassen. Dazu trug bei, wie der Abzug vonstatten ging: Die US- und auch die Bundeswehrtruppen verließen gemeinsame Stützpunkte oft über Nacht und ohne ihr Vorhaben den Afghan*innen anzukündigen. Zum Schluss sahen afghanische Soldaten, wie ein Distrikt und eine Stadt nach der anderen an die Taleban fielen – oft sogar kampfflos. Das führte zu einem Dominoeffekt der Kapitulation, weil niemand noch in den letzten Momenten des Krieges sterben wollte.

Racheaktionen der Taleban

Trotz seines wiederholt demonstrierten Terrorpotenzials – etwa beim Anschlag am Kabuler Flughafen noch während der Evakuierung und am 2. November mit dem Anschlag auf das Kabuler Militärhospital, bei dem mehr als 20 Menschen getötet wurden, darunter der Taleban-Armeekorpskommandeur für Kabul, Hamdullah Muchlis –, stellt auch der afghanische Ableger des Islamischen Staates (ISKP) keine strategische Bedrohung für die neuen Machthaber dar. Nachdem sich Ende 2019 sogar die kleinen salafistischen Gemeinschaften Ostafghanistans wegen dessen überbordender Brutalität vom real existierenden IS-Mini-Kalifat lösten und Taleban und Regierungstruppen dagegen zur Hilfe riefen, fehlt ihm jegliche soziale Basis. Allerdings könnten sich nach unbestätigten Berichten versprengte Mitglieder der Regierungstruppen oder unzufriedene Taleban dieser Gruppe angeschlossen haben. Bereits der Geheimdienst der früheren Regierung hatte teilweise mit ISKP gegen die Taleban kooperiert, was zu Racheaktionen nach deren Einnahme Kabuls führte: Die Taleban exekutierten mehrere ISKP-Führer, die in Kabul festgehalten worden waren. Der Terror versprengter IS-Gruppen stellt trotzdem nur einen marginalen Störfaktor dar, auch wenn Anschläge weiter viele zivile Opfer fordern könnten.

Ein wichtiges Merkmal der Taleban-Herrschaft ist, dass es in vielen Einzelfragen bisher keine offiziell verkündete Politik gibt und frühere Ankündigungen, die auf mehr Konzilianz hindeuteten, praktisch konterkariert werden. Zum Beispiel gilt dies für die Ankündigung, man werde keine Rache an früheren Mitgliedern der Regierung, Verwaltung und der Sicherheitskräfte nehmen. Am 5. Oktober berichtete *amnesty international*, dass Talebankämpfer bei einer Schießerei in der Zentralprovinz Daikundi zwei frühere Regierungssoldaten, einen Zivilisten und ein 17-jähriges Mädchen getötet und anschließend neun weitere Regierungssoldaten erschossen hätten, nachdem diese sich ergeben hatten. Ähnliche Vorfälle gab es im August in den Provinzen Ghasni und Kandahar. Ebenfalls aus Daikundi berichtete im September zuerst die Kabuler Zeitung *Hasht-e Sobh* (und danach viele internationale Medien wie der *Spiegel*) von Vertreibungen von Hasara-Bauern durch örtliche Taleban. In Kandahar warfen Taleban Familien von Soldaten der früheren Regierungsarmee aus ihren Wohnungen. In Kabul demütigten Talebankämpfer, die als Polizei agieren, öffentlich junge Männer, die Jeans trugen. In einigen Provinzen verboten sie Männern, sich zu rasieren, und Frauen, Handys zu benutzen oder ohne männliche Begleitung auf die Straße zu gehen.

Ungeklärte Lage, ob in der Verwaltung oder im Bildungssystem

Entgegen ihrer Ankündigungen greifen die Taleban auch nicht auf die Verwaltung der früheren Regierung zurück, um das Land am Laufen zu halten. Die neue Regierung besteht überwiegend aus Mullahs. Bis hinunter zu den Abteilungsleitern schickten sie als „politisch“ angesehene Kader nach Hause. In den Ministerien, so Augenzeugen, fänden sich vor allem bewaffnete Taleban; wer zur Arbeit erscheine, „drehe meistens Däumchen“ und käme nur, um sich in die Anwesenheitslisten einzuschreiben, um den Gehaltsanspruch nicht zu verlieren, so Augenzeugen.

Die ungeklärte Lage betrifft unter anderem die Mädchenschulen jenseits der 6. Klasse, die Berufstätigkeit von Frauen oder das Musikmachen auf Hochzeiten. Oft scheint die Talebanführung in Kabul diese Entscheidungen den Verantwortlichen in den Provinzen und Distrikten zu überlassen, was zu einem uneinheitlichen Bild führt: Laut dem in Kabul weiter-sendenden unabhängigen *Tolo TV* können in sieben der 34 Provinzen auch ältere Mädchen zur Schule gehen, in anderen Landesteilen nicht. Offiziell heißt es, Mädchenschulen sollen „aus Sicherheitsgründen

noch nicht“ öffnen und diesbezügliche Anweisungen würden „bald“ veröffentlicht; ein offizielles Verbot gibt es nicht. Verschiedentlich wurden Frauen nicht mehr an ihren Arbeitsplätzen zugelassen, vor allem in Regierungsbehörden und Medien. Im Gesundheitsbereich sind sie jedoch ausdrücklich erwünscht.

Im ehemaligen Frauenministerium quartierten sie die berüchtigte „Moralpolizei“ ein

Vereinzelte gibt es auch klare Entscheidungen: So setzten die Taleban in einer ihrer ersten Amtshandlungen die Geschlechtertrennung auch an den Universitäten in Kraft, nachdem Mädchen und Jungen bereits während der Anwesenheit der westlichen Truppen

getrennt lernten. Nun sollen nur noch weibliche Lehrkräfte die Studentinnen unterrichten, oder zumindest sollen Studentinnen und Studenten in Vorlesungssälen durch Vorhänge voneinander getrennt werden. In Kabul schafften sie das Frauenministerium ab und quartierten in dessen Gebäude ausgerechnet die berüchtigte „Moralpolizei“ ein. Laut Taleban sei diese Behörde auch für die Frauenpolitik zuständig.

Endlich wieder Bildung für Mädchen auf dem Land?

Ende Oktober berichtete die Nachrichtenagentur AP aus dem Dorf Salar in der Provinz Wardak, dass dort zum „ersten Mal seit 20 Jahren überhaupt wieder Mädchen ihre Füße in einen Klassenraum setzten“, nachdem dort auf Betreiben der Dorfbewohner wieder eine Mädchenschule eröffnete – vor zwei Monaten und mit Zustimmung der Taleban. Die Dorfbewohner heuerten dafür selbst einen Lehrer an. Die Schule ist Teil eines bereits Ende 2020 zwischen UNICEF und Taleban vereinbarten UN-finanzierten 35-Millionen-Dollar-Programms, so genannter gemeinschaftsbasierter Schulen, 10.000 landesweit, in denen Schüler*innen in drei Jahren den kriegsbedingt versäumten Stoff von sechs Schuljahren nachholen sollen. Die Taleban setzten durch, dass nur Frauen oder ältere Männer Mädchen unterrichten dürfen sowie eine Ausweitung islamrelevanten Unterrichts, jedoch ansonsten bisher keine Änderungen des geltenden Lehrplans. Es bleibe laut AP aber unklar, ob die Mädchen danach weiterlernen dürften. AP berichtete zudem, dass die Dorfbewohner die „neue Sicherheit“ unter den Taleban guthießen. Viele von ihnen hätten den Sieg der Taleban sogar „gefeiert“. Die Mutter einer Schülerin wird mit den Worten zitiert: „Mit

diesen Restriktionen können wir immerhin wieder zu unserem Leben zurückkehren.“

Das *Schwedische Afghanistan-Komitee* (SAK) – eine große Nichtregierungsorganisation, die seit Jahrzehnten Schulen in Afghanistan fördert, das auch schon tat während der ersten Talebanherrschaft bis 2001 – konnte nach Verhandlungen mit örtlichen Talebanvertretern ab Ende Oktober alle seine Schulen in 14 Provinzen wieder öffnen, darunter auch die mit Sekundär- und Gymnasialstufen für Mädchen.

Was das angebliche Musikverbot betrifft, gibt es ebenfalls keine für das gesamte Land geltende Anordnung. Vor einem jüngsten Vorfall, bei dem Talebankämpfer bei einer Hochzeit in der Ostprovinz mehrere Gäste erschossen haben sollen (was die Taleban bestritten; sie sprachen von „nicht identifizierten Bewaffneten“), habe es laut Sicherheitsanalysten in Kabul die mündliche Anordnung an Stammesälteste in mehreren Distrikten gegeben, keine Musik zuzulassen. Die Analysten berichteten aber auch aus Nangrahar Provinzhauptstadt Dschalalabad, dass dort auf Hochzeiten weiterhin Musik gespielt werde.

Unvorhersehbare Übergriffe im Alltag schüren Angst

In der Praxis führt dies in Kombination mit Übergriffen durch Talebankämpfer oder manche ihrer Kommandeure zu Unsicherheit und Angst, so dass es zu einem erzwungenen Rückzug auch ohne offizielle Verbote kommt. Das betrifft vor allem Frauenrechte. So schicken viele Eltern aus Angst ihre Töchter nicht mehr zur Schule; Frauen gehen nicht mehr zur Arbeit. Frauenhäuser schickten aus Furcht vor Repressalien ihre Bewohnerinnen zurück zu ihren Familien. Unternehmerinnen schließen oder verkaufen ihr Business. Andere Frauen erscheinen bewusst weiter auf ihre Arbeit, um sich den Anspruch auf ihr Gehalt zu bewahren, dessen Weiterzahlung die Taleban zusagten.

Gerüchte, wie etwa über Zwangsverheiratungen mit Talebankämpfern, tragen das ihre zu der Angst bei; bestätigt wurden solche Vorfälle bisher nicht. Afghanische Frauenrechtlerinnen recherchierten auch den Bericht über eine angebliche Enthauptung einer jungen Sportlerin durch die Taleban nach, der durch viele auch internationale Medien ging und fanden heraus, dass es sich wahrscheinlich um einen Fall häuslicher Gewalt gehandelt hat. Taleban gingen aber auch sichtbar und teilweise brutal gegen Demonstrantinnen vor, die ihre Rechte einforderten, sowie gegen Journalisten, die darüber berichteten.

Die ins Exil gegangene Chefin der *Unabhängigen Menschenrechtskommission*, Shaharзад Akbar, sagte Mitte September, die Taliban hätten alle Büros ihrer Organisation übernommen und zum Teil Unterlagen vernichtet. Ein Talebansprecher erklärte aber, die Kommission werde weiterarbeiten – sicher im Sinne der neuen Machthaber.

Ob die Taliban diese Unklarheit intendieren, bleibt offen. Eindeutig ist jedoch, dass viele ihrer Führer und Kämpfer das Gesellschaftsbild zurückweisen, was sie als westliche, also ‚fremde‘ Prägung der afghanischen Gesellschaft betrachten, im Globalen Norden und viele Afghan*innen aber als Errungenschaft der vergangenen 20 Jahre ansehen. So bezeichnete Taliban-Hochschulminister Abdul Baqi Haqqani die Absolventen des modernisierten Bildungssystems der vergangenen 20 Jahre als „nutzlos“. Ein anderer Sprecher nannte es einen Irrtum zu erwarten, afghanischen Frauen müssten die gleichen Rechte zugebilligt bekommen, wie sie im Westen gälten.

Martine van Bijlert vom *Afghanistan Analysts Network* beschrieb die derzeitigen politischen Prioritäten der Taliban als „interne Kohäsion [und] externe Dominanz“. Sie unterdrücken also zumindest jede bewaffnete Gegenwehr und öffentliche Proteste, gehen aber nicht gegen Abweichungen von ihrer verkündeten Politik vor, um keine organisationsinternen Spannungen zu riskieren.

Dass die Taliban sich bisher nicht in der Lage zeigen, das Land geordnet zu regieren, schafft Freiräume. Einwohner Kabuls sagten der *taz*, die Kriminalität nehme wieder zu, nachdem „eine Atempause aus Angst vor den Taliban“ verfliege. Kriminelle oder sogar Binnenflüchtlinge – gehören sie wie die meisten Taliban der Bevölkerungsgruppe der Paschtunen an – bewaffneten sich, gäben sich als Taliban aus und durchsuchten in deren Namen Häuser früherer Regierungsmitglieder oder konfiszierten Autos. Private Rechnungen aus 20 Jahren eines allseits brutal geführten Krieges werden beglichen. Zudem verliefen angekündigte Untersuchungen von Fällen von Gewalt im Sand oder werden intern gehalten, um die Kämpfer nicht aufzubringen. Sicherheitsanalysten in Kabul sprechen von einem „Mangel an Polizeiarbeit“, auch gegenüber den eigenen Leuten. Ende November untersagte die Taliban-Regierung ihren Kämpfern, das Recht in die eigenen Hände zu nehmen, und kündigte an, unrechtmäßig beschlagnahmtes Eigentum werde zurückgegeben.

Leben bald alle Afghan*innen in totaler Armut?

Unterdessen leidet die Bevölkerung in Folge von De-facto-Sanktionen unter einem Wirtschaftskollaps. Die US-Regierung fror nach der Machtübernahme der Taliban die afghanischen Auslandsguthaben ein, die sich auf über neun Milliarden US-Dollar belaufen sollen. Eine halbe Milliarde Dollar sollen auch in Deutschland bei der Commerz- und der Bundesbank liegen. Regierungen von Geberländern, darunter die Deutsche, stellten Entwicklungszahlungen ein, aus denen oft auch Gehälter für Angestellte der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen bestritten wurden, und beschränkten sich auf humanitäre Nothilfe. Das führte zu akuter Bargeldknappheit. Vor den Banken bilden sich bis heute lange Schlangen. Kontobesitzer kommen nur an Teile ihres Ersparnis, zunächst 200, inzwischen 400 Dollar pro Woche, aber ausgezahlt wird nur in Landeswährung. Importeure lebenswichtiger Waren müssen bürokratisch umständlich Importbestätigungen vorlegen. Die Landeswährung Afghani verliert an Wert. Die Lebensmittelpreise sind gestiegen, laut EU teilweise um mehr als 50 Prozent.

Das trifft eine Bevölkerung, die bereits zu vier Fünfteln unter der Armutsgrenze lebt. Familien versuchen, Haushaltsgegenstände zu Geld zu machen. Der Inhaber eines Bekleidungsgeschäfts im Hauptbasar von Kabul sagte dem Autor, er bekomme „kaum noch das Brot für meine Familie zusammen“. Es gäbe selten Käufer. Viele Nachbargeschäfte hätten bereits geschlossen. Laut der Weltgesundheitsorganisation arbeiten nur noch 17 Prozent aller Kliniken, weil die Hilfsgelder austrocknen. Ein Arzt aus Wardak berichtete, er müsse Entbindungen beim Licht von Taschenlampen durchführen, weil es kein Geld für den dieselbetriebenen Generator gebe. Das UN-Entwicklungsprogramm UNDP warnte im September, bis Mitte nächsten Jahres könnten 97 Prozent der Afghan*innen in Armut leben.

Inzwischen kann die UNO mit Zustimmung der Taliban direkt Gehälter für Gesundheitspersonal zahlen, um den vollständigen Zusammenbruch abzuwenden. Es gibt Bemühungen, auch das Bildungswesen als humanitäre Hilfe einzustufen. Aber Verhandlungen sind langwierig und alle Beteiligten riskieren Menschenleben, wenn sie sich zu viel Zeit nehmen.<

Thomas Ruttig
Er arbeitet seit 1980 zu Afghanistan und lebte seither insgesamt 13 Jahre dort. Er ist zudem Senior Analyst des unabhängigen Thinktanks Afghanistan Analysts Network.